

Kann man AfD-Wähler*innen zurückgewinnen?

Eher nicht – eine Analyse mit Daten des neuen Social Cohesion Panel 2021

Holger Lengfeld und Clara Dilger

Zusammenfassung:

In diesem Beitrag wird untersucht, welche Schlussfolgerungen sich auf Basis der Daten des Social Cohesion Panels 2021 in Bezug auf das Anliegen der etablierten Parteien ziehen lassen, AfD-Sympathisant*innen zurückzugewinnen. Die Analyseergebnisse zeigen ein unlösbares Dilemma für etablierte Parteien.

Am 25. Juni 2023 wurde im Thüringischen Sonneberg ein neuer Landrat und eine Woche später ein Bürgermeister in einer Gemeinde in Sachsen-Anhalt gewählt.¹ Beides wären demokratische Routinevorgänge, wenn es sich bei den Gewählten nicht deutschlandweit um die ersten Politiker der Alternative für Deutschland (AfD) in einem Amt der politischen Exekutive handeln würde. In den Tagen danach kam die AfD in Bevölkerungsumfragen bei der sogenannten „Sonntagsfrage“ bundesweit auf ein Allzeithoch von rund 17 bis 20 Prozent (Infratest dimap 2023a; Petersen 2023). In den Bundesländern Thüringen sowie Mecklenburg-Vorpommern würde sie jeweils stärkste Partei werden (Infratest dimap 2023b; FAZ 2023).

Die darauffolgenden Reaktionen in Öffentlichkeit und Bundespolitik bestanden im Wesentlichen in einer Diskussion darüber, ob und wie etablierte Parteien Allianzen gegen die AfD bilden sollten, begleitet mit verschiedentlichen wechselseitigen Vorwürfen einiger Vertreter*innen der Regierung und Opposition, den Aufstieg der AfD jeweils verschuldet zu haben. In diesen Debatten spielte eine wichtige Frage fast keine Rolle: Was sind die Gründe dafür, dass deutlich mehr Wahlberechtigte als zuvor die AfD favorisieren? Was wollen diese Leute, was soll sich aus ihrer Sicht ändern?



Prof. Dr. Holger Lengfeld,

Inhaber der Lehrstuhls Soziologie mit Schwerpunkt Institutionen & sozialer Wandel, Universität Leipzig, und Mitglied des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ)

Clara Dilger,

wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leipzig Research Centre Global Dynamics (RECentGlobe), Universität Leipzig, und Mitglied des Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ)



Dieses Fehlen einer ernsthaften öffentlichen Debatte darüber verwundert, denn der Bedeutungszuwachs der AfD fand ja nicht allein im Jahr 2023 statt. Seit ihrem Einzug in den Bundestag 2017 fiel die AfD in Umfragen fast nie unter 10 Prozent (Infratest dimap 2023a), auch während der Pandemiejahre 2020-2022 nicht. Offensichtlich hat die AfD in der deutschen Bevölkerung über die Jahre hinweg einen Sockel an Grundunterstützung erreicht, der, in Abhängigkeit von tagespolitischen Debatten etwa um die Asylgesetzgebung oder verschärfte klimapolitische Debatten, ausgebaut werden kann.

Dieser langfristig stabile Sockel an Zustimmung veranlasst uns dazu, in diesem Aufsatz die Frage zu stellen, wer die Sympathisant*innen der AfD sind, was sie bewegt und wie sie die bestehenden politischen Institutionen bewerten, welche Vorstellungen über eine lebenswerte Gesellschaft sie haben und was sie an insbesondere langfristigen gesellschaftspolitischen Vorstellungen ablehnen oder befürworten. Dabei gehen wir von der Annahme aus, dass tagespolitische Entwicklungen um etwa Migration und Asyl, Pandemiebekämpfung und Klimapolitik nur vordergründig den Erfolg der AfD bei den Wähler*innen erklären können. Wir vermuten, dass AfD-Anhänger*innen fundamental ablehnende Einstellungen gegenüber politischen Institutionen und gesellschaftlichen Eliten haben, die bei bestimmten tagespolitischen Themen aktiviert werden und so immer neue Anlässe zur AfD-Wahl schaffen. Wir gehen davon aus, dass diese Einstellungen eine tendenziell antagonistische Weltsicht zu bestimmten Institutionen zum Ausdruck bringen, die sich in Deutschland insbesondere auf etablierte Parteien und staatliche Einrichtungen bezieht.

In diesem Beitrag untersuchen wir zwei Einstellungsmuster, von denen wir ausgehen, dass sie in der politischen Weltsicht von AfD-Anhänger*innen tief verankert sind: 1. Das Einstellungsmuster des Populismus und 2. Misstrauen gegenüber politischen Institutionen sowie, damit verbunden, die Unzufriedenheit mit der repräsentativen Demokratie. Sollte sich zeigen, dass diese Einstellungsmuster unter AfD-Anhänger*innen deutlich stärker verbreitet sind als unter den Anhänger*innen der anderen in Deutschland etablierten Parteien, so wird es wenig wahrscheinlich sein, dass diese Bürger*innen für Politikangebote der etablierten Parteien zumindest mittelfristig erreichbar sind.

Anders ist es mit Fragen des materiellen Interesses. Wenn AfD-Wähler*innen den Eindruck haben, dass die derzeitigen Güterverteilungen nicht ihren wirtschaftlichen Interessen entsprechen, dann besteht eine Chance, dass infolge der Änderungen der Güterverteilungen sich das Wahlverhalten eines Teils der Wähler*innen ebenfalls ändert. Deshalb prüfen wir als dritte mögliche Ursache die sogenannte Modernisierungsverliererthese. Sie bringt zum Ausdruck, dass Menschen AfD wählen würden, weil sie im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklung der letzten 30 Jahre relativ zu den Bessergestellten an Wohlstand verloren haben.

Im zweiten Abschnitt stellen wir die drei Erklärungsfaktoren im Einzelnen vor.² Im dritten und vierten Abschnitt prüfen wir sie mithilfe von Daten des ‚Social Cohesion Panel‘, eine neue in Deutschland durchgeführte, über mehrere Zeitpunkte sich wiederholende Haushaltsbefragung, die umfassend Fragen zu Einstellungen und Verhaltensweisen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt enthält. Wir verwenden die Daten der ersten Befragung aus dem Jahr 2021.